

Der Vorderpfälzer

Rundbrief der SPD-Unterbezirke Vorderpfalz und Speyer



Aktive Genossinnen und Genossen



Die SPD „Mittendrin“



Unterbezirkskonferenz

Inhalt

■ Energiekonzept RLP

Eckpunkte.....	2
Stellungnahme der SPD-Regionalverbandsfraktion zum Thema	3

■ Unterbezirk

Unterbezirkskonferenz mit Hendrik Hering in Hessheim	4
Besuch aus Pensa	5

■ Landtagsfraktion

Salatessen	6
Wahlkreisbüro Mundenheim	7
Infofahrten nach Mainz	7

■ Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Bürgerhof Ludwigshafen	8
Kinderfest	10
Jazz-Frühshoppen	10
Sommertagsumzug	11
Aktion „Saubere Stadt“	11
Baumpflanzung	11
AfA gegen Politikverdrossenheit	12
Dabei sein ist alles	12
Die SPD „Mittendrin“	13
Waldfestsaion eröffnet	14
Verschdeggeldes	14

■ Öffentlichkeitsarbeit

gelungene Beispiele	15
---------------------------	----

■ Gedenken an den 8. Mai 45

Rede von Dr. Klaus-Jürgen Becker	16
--	----

■ Infoseiten

Mitglieder, Ortsvereine, Abgeordnete und was ihr sonst noch über unseren Unterbezirk wissen müsst	18
---	----

■ Veranstaltungen, Termine

mit Fahrten und Reisen	20
Impressum	20

Liebe Genossinnen und Genossen, die Landtagswahl ist überstanden. Das Ergebnis ist zwar nicht gerade berauschend, aber es hat uns wenigstens nicht aus der Landesregierung gekippt. Trotz zum Teil schlimmer Stimmenverluste und rot-grüner Koalition bleibt die SPD in Rheinland-Pfalz bestimmende Kraft und Kurt Beck Ministerpräsident.



Die fünf Mandate aus den beiden Unterbezirken Vorderpfalz und Speyer konnten erhalten bleiben, wenn auch nur die beiden Großstadt-Wahlkreise direkt gewonnen wurden. Und – wir sind alle fünf im Landtag und in der Landtagsfraktion gut positioniert, was auch bedeutet, dass wir alle in wichtige Ämter gewählt wurden.

Hannelore Klamm bleibt Vizepräsidentin des Landtages, **Anke Simon** wurde Verbraucherschutz-politische Sprecherin, **Friederike Ebli** ist Vorsitzende des Innenausschusses, **Martin Haller** medienpolitischer Sprecher, und ich selbst erhielt erneut das Vertrauen als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion. Das ist Verpflichtung für uns alle, denn nach der Wahl ist bekanntlich auch vor der Wahl.

Aber zunächst möchte ich allen, die sich vor dem 27. März für uns und unsere SPD ins Zeug gelegt haben, sehr herzlich danken. Vielerorts war die Partei sehr aktiv. Deshalb habe ich auch mit einem besseren Ergebnis gerechnet. Wir wollen aber nicht verzagen. Die Atomfrage wird im nächsten Wahlkampf nicht mehr in dieser Weise die Grünen beflügeln. Die SPD – so hoffe ich – wird nicht mehr solche lästigen Fehler machen wie bei der Finanzierung des Nürburgrings. Vielmehr werden wir noch deutlicher machen müssen, dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit und für gute Arbeit sind.

Wenn wir weiterhin vor Ort politisch präsent und aktiv bleiben, haben wir wieder bessere Aussichten. Die Menschen müssen spüren, dass sie sich auf uns verlassen können.

Das wird sich hoffentlich im September 2013 zeigen. Dann steht nämlich die Bundestagswahl an und die Chance in Berlin wieder mitzuregieren. Dafür wünsche ich mir einen ähnlichen und gelegentlich noch stärkeren Einsatz als dieses Mal.

Zunächst aber steht die Ferienzeit ins Haus. Viele haben sich eine Auszeit verdient und nötig. Ich wünsche Euch und Euren Familien einen schönen, erholsamen Urlaub, der allen Euren Vorstellungen gerecht wird und freue mich auf ein Wiedersehen nach der Sommerpause im August.

Herzlich Euer

Günther Ramsauer
Unterbezirksvorsitzender Vorderpfalz

26.06.–17.07.2011
Fußball-WM
in Deutschland

ENERGIEKONSENS FÜR RHEINLAND-PFALZ

- sozial gerecht und ökonomisch erfolgreich



Eckpunkte der Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Hendrik Hering, anlässlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Damit die Energiewende gelingt, zählen Glaubwürdigkeit und Orientierung, die die Politik in elementaren Fragen wie der Energieversorgung der Zukunft vorgeben muss.

Nach dem Herbst der Fehl-Entscheidungen ist die Bundesregierung zu einem Frühjahr der Korrekturen gezwungen. Das von Schwarz-Gelb beschlossene „Energiepaket“ ist nicht die Einleitung der Energiewende, sondern das Eingeständnis schwarz-gelber Irrwege.

Schwarz-Gelb gesteht ein:

Wir haben den gesellschaftlichen Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie von Rot-Grün unnötig aufgekündigt.

Schwarz-Gelb gesteht ein:

Wir haben den Menschen jahrelang die Unwahrheit über die Stromversorgung erzählt und große Ängste geschürt: Es gibt keine Stromlücke in Deutschland. Deutschland ist heute schon Nettostromexporteur – auch ohne Kernkraft gibt es keine Energie-

lücke in diesem Land.

Schwarz-Gelb gesteht ein:

Wir haben zehn Jahre lang blockiert und notwendige Schritte hin zu erneuerbaren Energien verhindert.

Die CDU in Rheinland-Pfalz wandelt auf ähnlichen Irrwegen:

Auch sie hat zur Frage nach der Energieversorgung der Zukunft kein Konzept vorgelegt.

■ Unser Energiekonsens für Rheinland-Pfalz

Je mehr unnötiger Energieverbrauch durch Effizienzsteigerung eingespart wird, desto schneller und bezahlbarer erreichen wir ein vollständig erneuerbares, risikoarmes Energiesystem.

■ Unsere Vision zur Effizienzrevolution

Die Energie der Zukunft wird CO₂- und atomfrei, sicher und bezahlbar sein. Die Mobilität wird nachhaltig sein, und nicht mehr auf Öl, sondern auf alternativen Antriebsstoffen und –techniken basieren. Häuser werden in Zukunft mehr Energie produzieren als sie verbrauchen und zu kleinen Kraftwerken werden.

Wir brauchen durchgreifende neue Rahmenbedingungen, eine bunte Landschaft von Energieproduzenten, förderliche Anreizstrukturen und verlässliche energiepolitische Langfristprogramme, die einen robusten technologischen Korridor zur Energiewende und mehr Investitionssicherheit aufzeigen. Hier sind wir gefragt: die Politik und die Zivilgesellschaft. Setzen wir uns an die Spitze der Effizienzrevolution.

Eine solche konkrete Vision kann Rheinland-Pfalz beflügeln.

Daher habe ich vergangene Woche Diskussionspunkte für einen „Energiekonsens für Rheinland-Pfalz“ vorgelegt. Gemeinsam mit den Menschen und den Kommunen wollen wir bis Ende des Jahres ein Konzept entwickeln, wie wir gemeinsam – „von unten“ gleichermaßen wie auf Landesebene – diese Energiewende für Rheinland-Pfalz schaffen.

■ Stärkung der dezentralen Energieerzeugung – Weg mit dem Strommonopol

Durch Stärkung dezentraler Energieerzeugung wollen wir die Kommunen stärken. Sie haben seit je her die flexibelste und dezentralste Versorgung der Menschen mit Strom ermöglicht. Die Kommunen waren schon einmal Ideengeber für sichere Energie. Dieser Rolle wurden sie von den großen Energieversorgern beraubt. Das Strommonopol hat zu teuren und dauernd steigenden Preisen geführt und verhindert die Steigerung von erneuerbaren Energien.

Kurzfristiges Aktionärsinteresse und eingefahrenes Denken zielen vorwiegend darauf, steigende Gewinne nicht durch Effizienztechnik und Verlängerung der Wertschöpfungskette zum Kunden, sondern durch vermehrten Absatz von Energie zu erzielen. Das ist der falsche Weg. Das Strommonopol muss weg. So schnell wie möglich.

Die SPD wird in Rheinland-Pfalz dafür sorgen, dass auch ohne Strommonopol Versorgungssicherheit gewährleistet, Energie bezahlbar und der Industriestandort wettbewerbsfähig bleibt.

■ Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur Effizienzrevolution

Durch eine Effizienzrevolution gepaart mit Perspektiven für Technologieexporte für die rheinland-pfälzische Wirtschaft, für unseren Mittelstand, der Weltmarktführer in vielen Berei-

chen der Umwelttechnik – nein, der Zukunftstechnik – werden kann, gelingen uns neue Marktchancen für Betriebe und für mehr Beschäftigung. Energieeffizientes Wirtschaften ermöglicht bezahlbare Energie für alle, hohe regionale Wertschöpfung für die

Kommunen, Wachstum und Beschäftigung für unseren Mittelstand. Dies umzusetzen ist somit eine wichtige – vielleicht sogar die entscheidende – soziale Frage im 21. Jahrhundert.

SPD-REGIONALVERBANDSFRAKTION FORDERT: Flächen für Windkraftanlagen ausweiten !

Die SPD-Regionalverbandsfraktion fordert sinnvolle Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen im Regionalplan.

„Die Windenergie ist eine der wichtigsten Energiequellen für die notwendige Energiewende. Windkraftanlagen stellen einen wesentlichen regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieversorgung dar. Auch in Binnenregionen tragen Windkraftanlagen entscheidend zum Ziel einer nachhaltigen dezentralen Stromwirtschaft bei.“ So Dr. Hannes Kopf (Bild) für die SPD-Fraktion im Verband Region Rhein-Neckar bei der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses der Metropolregion im Ratssaal des Mannheimer Stadthauses. Die bisherige eher restriktive Rechtslage muss nach Ansicht der SPD-Fraktion im Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) durch

politische und raumplanerische Entscheidungen korrigiert werden. Vorrangig sind hierbei die technischen Möglichkeiten des sog. Repowerings, also des Ausbaus und der Ertüchtigung bestehender Anlagen, zu nutzen. Dem Bau weiterer Windkraftanlagen an bestehenden Standorten ist der Vorzug vor der Ausweisung neuer Areale zu geben. Sollten weitere Standorte zugelassen werden, haben bei der Auswahl „vorbelastete“ Standorte - z. B. Strom- und Verkehrsstraßen - Priorität. Mit dem Beschluss des Planungsausschusses zur „regionalbedeutsamen Windenergienutzung“ wird nun der Startschuss für weitere Diskussionen in dieser Richtung gegeben. Der momentane Anhörungsentwurf markiert, so Dr. Kopf, nur einen Zwischenstand; weitere Flächen für die Windkraftnutzung müssen

noch hinzukommen. Dr. Kopf macht jedoch auch deutlich, dass es hierbei auf eine sinnvolle Steuerung ankommt. „Es darf nicht zu einer unkoordinierten Freigabe unserer Landschaft für Windkraftanlagen kommen“. So kann sich beispielsweise Ralf Eisenhower, stellv. Vorsitzender der Mannheimer SPD-Fraktion, durchaus vorstellen, dass auf der Konversionsfläche der „Coleman Barracks“ ein Windpark entstehen könnte. „Dies wäre ein sinnvolles Konversionsprojekt“, so Stadtrat Eisenhower.

In jedem Falle jedoch ist es eine große Herausforderung für die Metropolregion, die in den ROT-GRÜNEN Koalitionsverträgen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz formulierten Ziele zu erreichen. Dort wird für Baden-Württemberg gefordert, dass bis zum Jahre 2020 10% des Stroms aus Windenergienutzung kommen soll, was nur über eine massive Ausweisung weiterer Vorranggebiete zu erreichen sein wird. Ähnlich die Situation in Rheinland-Pfalz: Dort ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass 2% der Landesfläche als Vorrangfläche für Windkraftanlagen auszuweisen sind; derzeit sind dies gerade einmal 0,46% im linksrheinischen Teil der Metropolregion.



ENGAGIERTE DISKUSSION ZUR PARTEIREFORM Unterbezirkskonferenz am 9. Juni 2011 in Hessheim



Ortsbürgermeister Karl Neunreither begrüßte die Delegierten der Unterbezirkskonferenz und stellte seinen Ort Hessheim kurz vor.

Nachdem die Konferenz sich formal konstituiert hatte, gab Günther Ramsauer einen Überblick über die aktuelle politische Situation im Lande und die derzeit aktuelle Parteireform, die auch anschließenden unter den Teilnehmern kontrovers diskutiert wurde. *Wenn Ihr euch an der Diskussion beteiligen wollt - unter www.ub-vorderpfalz.de*

gibt es im Internet einige Dokumente und Stellungnahmen hierzu.

Der SPD Fraktionsvorsitzende im Landtag Hendrik Hering, MdL, gab einen Überblick über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, die Zukunft des OLG Koblenz, die Situation der Lehrer/innen und anderen Fragen. In der Aussprache meldeten sich einige Delegierte zu Wort, lobten und kritisierten einzelne politische Entscheidungen in der Vergangenheit und zum Koalitionsvertrag.

Der nachfolgende Antrag des UB Vorstandes Vorderpfalz wurde mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen:

Sollte der Unterbezirk Speyer beim Landesvorstand einen Antrag auf Zusammenschluss mit dem Unterbezirk Vorderpfalz stellen, so wird der Unterbezirk Vorderpfalz ebenfalls einen Antrag auf Fusion der beiden genannten Gliederungen stellen.

Einstimmig beschlossen wurde nachstehende Resolution (Kasten) zur Unterstützung der Belegschaft der KBA Frankenthal.



■ Resolution der SPD Vorderpfalz zum KBA-Arbeitskampf

Die SPD Unterbezirkskonferenz Vorderpfalz erklärt sich mit den streikenden Belegschaft des KBA – Werkes in Frankenthal solidarisch. Sie unterstützt den Kampf um die Arbeits- und Ausbildungsplätze des Werkes in Frankenthal.

Wir appellieren an den Vorstand der KBA AG, ein Zukunftssicherndes, tragfähiges Konzept für den Fortbestand des Unternehmensstandortes in Frankenthal vorzulegen.

INTERESSIERT AN DEUTSCHEM KNOW-HOW

Bundestagsabgeordnete Doris Barnett freut sich über reges Interesse der Gäste aus dem russischen Pensa

„Ludwigshafens Vorzeigeprojekte sind nicht nur für deutsche Regionen interessant, sondern erst recht für Staaten, die noch einiges aufzuholen haben. In Russland spielte lange Zeit das Thema ‚Energie‘ keine Rolle. Aber mittlerweile weiß man dort sehr wohl um den Preis, sowohl ökonomisch als auch ökologisch. Deshalb waren die ausführlichen Erläuterungen in Sachen ‚Energetisches Bauen und Sanieren‘ von großem Interesse für den Gouverneur Wasilij Botschkajow, für den Oberbürgermeister der 500.000-Einwohnerstadt Pensa, Roman Tschernow, und die 8 weiteren Delegationsmitglieder, die am 21.06.2011 Ludwigshafen besuchten. Die Informationen der LUWOWGE Consult ließ sie den Taschenrechner zücken. Da die Zinsen in Russland für derartige Investitionen bei ca. 13 % liegen, zeigt sich eine Rentabilität erst viel später als bei uns. Die russischen Gäste bedauerten es sehr, dass es für solche Maßnahmen in ihrem Land keine ‚KfW-Kredite‘ gibt. Das wird sich ändern müssen, weil auch in Russland langsam ein Umdenken in Sachen Energie einsetzt. Auch wenn die Atomkraft derzeit nicht zur Disposition steht, wird gleichzeitig der Weg in erneuerbare Energien gegangen.

Dazu gehört auch, dass die Abfallwirtschaft überdacht wird. Große Deponien gasen riesige Mengen von Methangas aus, das über 20 Mal gefährlicher ist für unsere Atmosphäre als CO₂. Bei der GML (Müllverbrennung), den WBL (Wirtschaftsbetriebe der Stadt Ludwigshafen), den TWL und der Deponie in Friedelsheim konnten die weitgereisten Gäste erfahren, wie mit - gut sortiertem - Abfall Rohstoffe recycelt, Strom und Dampf erzeugt werden

kann. Methangase sind in Deutschland eigentlich kein Thema mehr, erfuhren die Gäste. Hier wird das Gas abgesaugt und verbrannt und daraus Strom und Dampf gemacht. Alleine die Deponie in Friedelsheim kann aus dem abgesaugten Methangas einen 600-Einwohner-Ort mit Strom versorgen, was die russischen Gäste wieder zum Nachrechnen brachte.

Am liebsten hätten sie unsere Experten eingepackt und mitgenommen. Das ist ein Kompliment für unsere Stadt und unsere Unternehmen. Jetzt

haben wir die Chance, in der relativ kleinen und übersichtlichen Region Pate und Partner zu sein für eine Entwicklung, die zum Modell für das ganze Land werden könnte“, erklärte Barnett abschließend.

Der Oblast Pensa hat rund 1,5 Mio. Einwohner. Zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen zählen der Maschinenbau, die Holzverarbeitung und die Textilindustrie
(Info und Bilder Wikipedia)



ZUSAMMENSTEHEN IN DER EHEC-KRISE Gemeinsames Salatessen der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion macht sich stark für Salat und Gemüse aus Rheinland-Pfalz.

Durch die EHEC-Krise haben auch heimische Produkte unverschuldet einen massiven Imageschaden erlitten. Die SPD-Landtagsfraktion organisierte deshalb nach ihrer Fraktionssitzung in Kooperation mit dem Pfalzmarkt in Mutterstadt einen gemeinsamen Mittagsimbiss mit selbst zubereiteten Salat, Tomaten und Gemüse aus der Pfalz.

Das gemeinsame Essen fand am Mittwoch, dem 22. Juni 2011, um 12.00 Uhr, im Innenhof des Abgeordneten-gebäudes in Mainz statt.

Der Fraktionsvorsitzende Hendrik Hering, MdL, eröffnete den Mittagsimbiss zusammen mit dem landwirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thorsten Wehner, MdL, und Hannelore Klamm, SPD-Landtagsabgeordnete aus Mutterstadt.



Mit dieser Aktion wollte die SPD-Landtagsabgeordneten erreichen, dass wieder mehr Menschen nach der EHEC-Krise zu Salat und Gemüse greifen. Die Abgeordneten gingen mit dieser Aktion mit gutem Beispiel voran. Aktuell hat sich die Absatzsituation leicht entspannt, aber es besteht weiter Kaufzurückhaltung. Der durch

EHEC verursachte Image-Verlust der Landwirtschaft muss schnell wieder ins Positive umgekehrt werden.

Die SPD im Land hat frühzeitig auf die wirtschaftlichen Ausfälle für die Pfälzer Gemüsebauern hingewiesen und war beim Pfalzmarkt vor Ort, um sich über die Situation der Landwirte zu informieren.

Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im Pfalzmarkt



TAG DER OFFENEN TÜR

Anke Simon eröffnet Wahlkreisbüro

Viele Besucher kamen am Freitag dem 10. Juni 2011 zum „Tag der offenen Tür“ in das neu eröffnete Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Anke Simon in die Oberstraße 15a - „mittendrin“ im Ludwigshafener Stadtteil Mundenheim.

Anke Simon freute sich über die große Resonanz und darüber, unter den zahlreichen Gästen auch Geschäftsleute aus Mundenheim, einen Vertreter des Stadtvorstandes, den Vorsitzenden des Gewerbevereins, viele Mitglieder von Vereinen und Organisationen in Mundenheim, einen Ortsvorsteher und nicht zuletzt zahlreiche Genossinnen und Genossen aus den SPD-Ortsvereinen, von den Jusos und der Stadtratsfraktion begrüßen zu können.

Das Wahlkreisbüro ist auch wegen seiner Lage und der neuen Ausstat-



tung ein Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger zu Fragen und Anliegen bezüglich der rheinland-pfälzischen Landespolitik.

Mitarbeiterin Uschi Herzberger-Ünal ist montags bis donnerstags, 8.00–15.00 Uhr und freitags, 8.00–14.00 Uhr dort anzutreffen.

BÜRGER/INNEN IN MAINZ

Infofahrten mit euren Abgeordneten in den Landtag



Auf Einladung von Friederike Ebli war eine Gruppe von Bürgern aus dem Landtagswahlkreis 38 im Mai zu Besuch in Mainz.

Alle, die Interesse an einer Fahrt nach Mainz haben um dort den Landtag und dessen Arbeitsweise bei einer Tagesfahrt kennenzulernen, können sich mit den Wahlkreisbüros unserer Landtagsabgeordneten (in Klammer die Ansprechpartnerinnen in den Büros) Martin Haller (Magali Leidig-Petermann), Anke Simon (Uschi Herzberger-Ünal), Günther Ramsauer (Jutta Hahn), Hannelore Klamm (Julia Troubal) und Friederike Ebli (Silvia Nebel) in Verbindung setzen. **Kontakte: Seite 17/18**

DAS HERZ DER INNENSTADT MUSS SCHLAGEN! SPD Mitte-Süd setzt sich für den Bürgerhof ein

Mit dem großen Stadtumbauprojekt der siebziger Jahre wurde nicht nur der Hauptbahnhof weg vom Rhein verlegt und das Rathauscentrum errichtet. Bei diesem Umbau der Innenstadt wurde für 2,4 Millionen der Bürgerhof völlig neu gestaltet.

Hier, mitten in der Innenstadt war 1869 die Aktiengesellschaft Bürgerbräu Ludwigshafen gegründet worden. Beim Bürgerbräu arbeiteten über achtzig Mitarbeiter. Bis zum Zweiten Weltkrieg gab es übrigens mit der Aktienbrauerei zwei große Brauereien mitten in der Stadt. Die Aktienbrauerei, die auf dem Platz des heutigen Pfalzbaus stand, wurde im Weltkrieg zerstört. Neben

dem Firmengelände gab es auf dem heutigen Bürgerhof zwei Ausschankstätten in der Bismarckstraße bzw. Ludwigstraße. Wo heute die Gaststätte „Andechser“ ist, war das große Bürgerbräu. Beliebt waren in den sechziger Jahren die frisch gegrillten Hähnchen vom Paulus-Grill. In die Planungen zur Neugestaltung der Fußgängerzone wurde 1975 das Brauereingelände selbst einbezogen und die Produktionsgebäude - nachdem die Henninger-Brauerei das Bürgerbräu übernommen hatte - 1978 abgerissen. Danach erfolgte die Umgestaltung zum Bürgerhof in seiner heutigen Form. Geblieben sind die zwei ursprünglichen und sehr populären

Ausschankstätten, die bis heute genutzt werden.

Die Umgestaltung des Bürgerhof brachte einige vorteilhafte Veränderungen der Innenstadt mit sich: mit der Tief- und Hochgarage wurden Parkprobleme reduziert. Das am Platz gelegene alte Stadthaus Mitte wurde frei, alle Büros zogen ins neue Rathauscenter. Hier wurden die vormals verstreuten städtischen Dienststellen nun konzentriert. Ins alte Stadthaus im Bürgerhof konnte nun die Volkshochschule ziehen, deren vorheriges Domizil im Bürgermeister-Reichert-Haus aus

allen Nähten platzte. Zusätzlich schuf der neue Bürgerhof auch eine Verbindung zwischen den Geschäftsstraßen Bismarck- und Ludwigstraße.

Der Bürgerhof wurde schnell zu einem oder gar dem zentralen Platz in der Innenstadt. Er war und ist ein beliebter urbaner Treffpunkt für Ludwigshafener Bürgerinnen und Bürger und bietet ein gutes Forum für Veranstaltungen. Vielfältige Gastronomie mit Sitzplätzen lädt im Freien zum Entspannen und Genießen ein. Veranstaltungen wie das Internationale Straßentheaterfestival, Aktionstage der Volkshochschule oder Konzerte im Bürgerhof sind nicht nur bei Innenstadtbewohnern beliebt.

Im Rahmen des Kultursommers Rheinland-Pfalz 2003 wurde das außergewöhnliche Kunstprojekt „Gesichter einer Stadt“ im Bürgerhof realisiert. Eine Künstlergruppe (u. a. Helmut van der Buchholz und Ulrich Thul) gestaltete auf der tristen Wand des Parkhauses im Bürgerhof eine großflächige Wandmalerei. Das Konzept der Organisatorin Marina Miesova-Feider vom Kunsthaus Oggersheim hat so viel Aufmerksamkeit und Interesse hervorgerufen wie selten ein Kunstprojekt. Es ist ja nicht alltäglich, Künstlern bei Ihrer Tätigkeit über die Schulter schauen zu können und gleichzeitig Mittelpunkt ihrer Arbeit zu sein. Denn das entstandene Großgemälde setzt sich aus vielen Portraits der Bürger und Besucher Ludwigshafens zusammen. So schmückt sich der Bürgerhof seither mit einem Gemälde seiner Bürgerinnen und Bürger – bekannte und weniger bekannte Gesichter der Stadt Ludwigshafen.

Die 4.300 Quadratmeter des Hofes sind aber auch eine beliebte Freifläche für bewegungshungrige Innenstadtkinder, die den Bürgerhof gerne als Spielraum nutzten.



Unter dem Motto „SPD packt“ an, lief im Juni die erste Aktion im „Bürgerhof“

Hier zeigten SPD, Jusos und der Ortsverein „Südliche Innenstadt“ den Bürgern, dass der Bürgerhof nicht vergessen ist. Mit einem „kleinen Event“ wurde im Bürgerhof ein Schachtisch aufgestellt, die vorhandenen Bodenspielfelder sowie das Umfeld einer gründlichen Reinigung unterzogen.

Zunächst sollte ein drittes Bodenschachfeld errichtet werden. Nach langer Über-



legung und Gesprächen mit Bürgern reifte der Entschluß, einen Schachtisch zu installieren. Ein weiteres Bodenfeld hätte vielleicht dazu beigetragen, den Lärmpegel noch zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die Anwohner kamen wir zu dieser Lösung. Nach Gesprächen mit „Schachspielern“ wurde unserem Stadtrat Bernd Lau-

bisch bestätigt, dass die Brettspieler zu den „Leisen Vertretern“ dieser Spezies gehören.

An dieser Stelle geht auch ein „Danke schön“ von Laubisch an die Verwaltung. Frau Bindert (Grünflächenamt) und Baudezernent Herr Dillinger haben unser Vorhaben unbürokratisch unterstützt.

Dank geht auch an alle Helfer, im Besonderen an Michael Wohlfahrt und David Schneider von den JUSOS, sowie an unseren Mitsponsor Firma A. Braun, Gartenbewässerung.

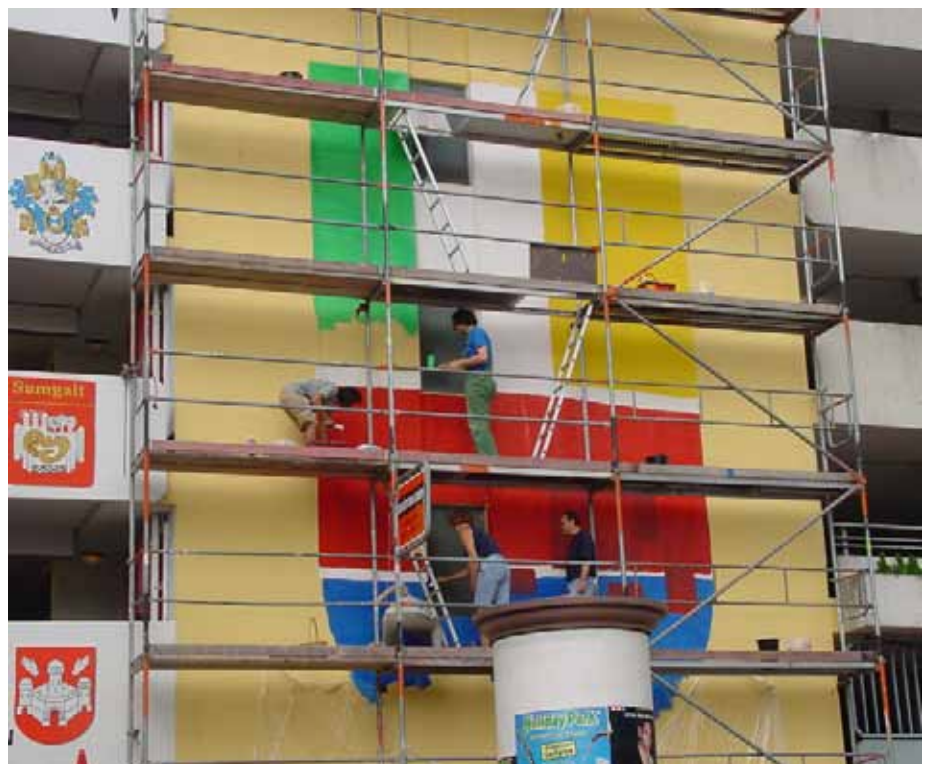
Mittlerweile ist der Bürgerhof optisch, gestalterisch wie baulich in die Jahre gekommen. Wo einst Granitplatten waren, wurde in den letzten Jahren mit Asphaltflicken ausgebessert, was der dringenden Sanierung bedürfte. Die jährlichen Unterhaltskosten von 30.000 Euro reichen nur für das Größte. Die Entwässerung des Platzes muss dringend erneuert werden.

30 Jahre nach seiner Einweihung sollte der Bürgerhof umgestaltet und veränderten Bedürfnissen angepasst werden. Eine Bürgerumfrage 2007 und eine Umfrage der Rheinpfalz im gleichen Jahr zeigte auf, dass die Bürger sich von der Umgestaltung des Bürgerhof einen Platz mit mehr Spielmöglichkeiten und Plätze für Eltern erhofften. Wert legten sie auf Treffpunkte und Sitzgruppen, gerade auch für die, die sich die gastronomischen Angebote nicht leisten wollen oder können. Neben der gewünschten Barrierefreiheit unterstrichen die Bürger zudem, dass sie den Platz als Veranstaltungsort schätzen.

Das auch im neuen Stadtumbauprozess zentrale Projekt Bürgerhofumbau wäre mit einem Kostenanteil der Stadt in Höhe von 200.000 Euro - bei 80% EU-Mittel Förderung – durchführbar gewesen. Der Ortsbeirat zeigte 2009 im Rahmen eines Bürgerforums, wie stark das öffentliche Interesse am Bürgerhof ist.

Auf Grund der miserablen Haushaltslage der Stadt Ludwigshafen hat der Stadtrat für den Haushaltsentwurf 2010 beschlossen, die geplanten Investitionen im Bürgerhof zu verschieben. Es gibt berechtigte Zweifel, ob diese Entscheidung klug war. Viele kommunalpolitisch Engagierte plädieren für ein Überdenken. Im letzten Winter war der Bürgerhof in vielen Bereichen gesperrt – ein erbärmliches Bild des desolaten Zustands!

So kann es mit dem Platz nicht weiter gehen! Der SPD-Ortsverein Mitte-Süd setzt sich für die Sanierung des Bürgerhofs ein – und geht mit gutem Beispiel voran. Mit der Aktion „Die SPD packt an!“ wurden im Juni 2011 die Schachfelder gereinigt und ein neuer Schachspielfeldtisch aufgestellt. Damit zeigt die SPD, dass hier Handlungsbedarf besteht und angepackt werden muss!
(Eleonore Hefner)



Kinderfest des Ortsvereins Ludwigshafen NORD-WEST



Unser Team zum Kinderfest am 21. April 2011

Wir freuten uns, weil soooooo viele Kinder gekommen waren und mit uns aktiv waren. Da wurde der Luftballon rasiert, da wurde mit Knete hantiert

oder es wurde nach Äpfeln getaucht. Niemand musste sich langweilen, und geschminkt wurde auch. Das Wetter spielte super mit, und so

waren die Organisatorinnen Britta Lieske und Romina Wilhelm sehr zufrieden, wie das Fest Anklang fand.

Der Ortsvereinsvorsitzende Benjamin Weber durfte Mitglieder des Landtages begrüßen, Noch-Landtagsabgeordneter Stefan Klee und seine neu-gewählte Nachfolgerin Anke Simon waren mit ihren Familien im Kinderparadies. Beide freuten sich, an der Basis mitwirken zu können.

Doch die Politik stand diesmal nicht im Vordergrund, stellte Orstvorsteher Antonio Priolo wohlwollend fest: den Kindern muss es Spaß machen. Zudem sind uns die Menschen auch nach Wahlen wichtig.

Das Kinderfest wird sicherlich ein fester Bestandteil in der Arbeit des Ortsvereins sein, aber auch andere Ideen werden demnächst umgesetzt.

BEGEISTERTE GÄSTE bei 2. Rheingönheimer Jazz-Frühshoppen

Sogar aus Hockenheim waren Gäste zum 2. Rheingönheimer Jazz-Frühshoppen angereist. Und das nicht umsonst. Die Gäste waren begeistert

von Musik und Essen und ließen die Band erst nach mehreren Zugaben gehen.

Ab 11 Uhr unterhielt die Band „Die Octophones“ die Besucherinnen und Besucher des 2. Rheingönheimer Jazz-Frühshoppens. Diese waren so zahlreich erschienen, dass wir sogar noch Tische und Bänke nachstellen mus-

ten. Trotzdem blieben für einige Gäste nur noch die Stehtische.

Mit gut 150 Gästen übertraf die Veranstaltung nicht nur unsere Erwartungen, sondern auch die Besucherzahl vom ersten Mal um gut ein Drittel.

Dank der guten Planung des Wirts der TG „Frei Heil“ 1892 e.V. gab es für alle ausreichend leckere Weißwurst, kühles Bier und andere Leckereien vom Grill.

Die Stimmung war toll und am Ende waren sich alle einig: Es soll auf jeden Fall auch einen 3. Rheingönheimer Jazz-Frühshoppen geben. Dann von vornherein mit mehr Sitzplätzen und eiskaltem Sekt.



Stri-Stra-Stroh! Sommertagsumzug in NIEDERFELD

Bei einem der wohl schönsten Sommertagsumzüge Ludwighafens zogen am 10. April 2011 ab 14 Uhr, die Niederfelder - Groß und Klein - durch die Straßen. Ab 15 Uhr wurde auf der Wiese zwischen Zipser- und Batschkaststraße der Winter verbrannt. Zuvor fand traditionell das (Kinder-) Streitgespräch zwischen Sommer und Winter statt. Die Kindergärten Johanneskäfer und St. Hildegard haben vor der Winterverbrennung ihre Frühlingsspiele und -Lieder vortragen und damit den

Winter verabschiedet.

Die Siedlergemeinschaft um Erich Fries arbeitete bereits seit geraumer Zeit an den Sommertagsstecken und der großen Figur des Winters. Bei der Niederfelder Bäckerei Seibold wurden die beliebten Sommertagsbrezeln gebacken, die Bäckerei hatte am Sonntag extra geöffnet, um die Sommertagsstecken der Siedlergemeinschaft und frische Sommertagsbrezeln zu verkaufen.

„Nach dem langen und kalten Winter haben wir uns auf die Sonnenstrahlen



gefreut - auch darüber, dass alle Kinder und Erwachsene mit uns zusammen feierten und den Winter symbolisch vertrieben haben“, so der Vorsitzende der Siedlergemeinschaft, Erich Fries.

Aktion „Saubere Stadt“ in der PFINGSTWEIDE

Die Helfer der SPD Pfingstweide und Oppau sammelten, wie bereits im vergangenen Jahr, im Rahmen der Aktion „Saubere Stadt“ am Samstag, dem 2. April 2011 den Unrat an der Zufahrt von der B 9 zur Nachtweide.

Wieder hatte sich auf dem Grünstreifen entlang der Fahrbahn Unmengen von unterschiedlichem Müll und Abfällen

angesammelt, der wahrscheinlich insbesondere von LKW-Fahrern dort achtlos hingeworfen wurden. Entsetzt fragen wir uns auch in diesem Jahr: Muss so etwas sein ?

Die Ortsvereinsvorsitzende Frank Meier und Gabriele Albrecht, sowie Ortsvorsteher Udo Scheuermann bedankten sich bei allen Helfern für ihren Einsatz.



Baumpflanzung zum Tag des Baumes in OGGERSHEIM

Zum Tag des Baumes am 29.04.2011 wurde vom Grünen Kreis im Stadtteil Oggersheim im Queva Park ein Baum gepflanzt. Ein Japanischer Schnurbaum wurde unter Beisein von vielen Politikern und Angehörigen des Grünen Kreises im Park an der Mannheimer-Straße eingesetzt.

Auch vom SPD Ortsverein Oggersheim war eine Abordnung mit ihrem Ortsvereinsvorsitzenden Kurt Sauerhöfer herzlich eingeladen und nahmen an der Baumpflanzung teil.

Baudezernent Herr Dillinger, Prof.Saxl

und Frau Wolter, sowie Kinder des evangelischen Kindergartens an der Orangeriestraße halfen mit den Baum zu pflanzen.

Umrahmt wurde die Feierstunde durch ein Frühlingslied das die Kinder vortrugen. Abschließend wurde zu einem kleinen Umtrunk und Brezeln eingeladen.

In diesem Park an der Mannheimer Straße erinnert ein Gedenkstein an die Gründung der SPD vor 140 Jahren.



AFA gegen Politikverdrossenheit

Im Frühjahr fand im Naturfreunde Haus Rahnenhof in Hertlingshausen ein bemerkenswertes Seminar zur Politikverdrossenheit der Bürger statt, an dem auch die AfA-Vorsitzenden im SPD UB Speyer, Karl Heinz Weinmann und Gabriele Tabor teilnahmen.

In seinem einführenden Referat ging der Referent Walter Edenhofer auf die vielfältigen Ursachen der Politikverdrossenheit der Bürger ein und betonte, dass das Ansehen von Parteien und Politiker seit Jahren schwindet und das Demokratieverständnis sich sehr gewandelt habe. Politik wird in zunehmenden Maße als ein Machterhalt und als eine Parteienherrschaft von oben verstanden. Dabei bleibt die soziale Gerechtigkeit oft auf der Strecke. Der Zickzackkurs der derzeitigen Schwarz-Gelben Bundesregierung und die Rücknahme der Wahlversprechungen (Mehr Netto vom Brutto) tragen mit dazu bei, dass sich die Bürger von der Politik abwenden und nach

neuen Wegen für die Umsetzung ihrer Forderungen suchen.

In der folgenden Diskussion wurde aber noch ein weiteres Problem deutlich: Seit vielen Jahren ist die Wahlbeteiligung der Bürger ständig zurückgegangen. Die großen Volksparteien leiden unter massiven Mitgliederschwund. Damit schwindet auch ihre politische Gestaltungskraft. Dabei fehlt es in der Politik an breit gefächerten Lebenserfahrungen aus dem Lebensalltag.

Im zweiten Teil des Seminars erläuterte die Europa-Abgeordnete Jutta Steinruck (MdB) die Möglichkeiten der EU bei der Griechenlandhilfe und kritisierte den Wackelkurs der Bundesregierung, die gefasste Beschlüsse einfach nicht umsetzt. Die herrschende politische Klasse in der EU ist durch ihre Inkompetenz, drängende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Probleme zu lösen für die defizitäre Entwicklung in einzelnen EU-Ländern



Gabriele Tabor, Jutta Steinruck (MdB) Karl Heinz Weinmann beim Seminar in Hertlingshausen

mit verantwortlich. Dies wird besonders bei den Hilfen aus den finanziellen Rettungsschirmen deutlich. Soziale und wirtschaftliche Angebote scheitern meist am Egoismus einzelner Länder. Jutta Steinruck warb für eine verstärkte Griechenlandhilfe, damit der EURO stark und die deutsche Wirtschaft weiter an Fahrt gewinnen kann. Die Ergebnisse des Seminars werden nun in den einzelnen Gremien weiter beraten. (honi)

DABEI SEIN IST ALLES 😊

4. Speyerer Kirchhofregatta

14 Mann/Frau in einem Boot - mit einem Steuermann ... „der das ganze regelt“ (frei nach G.W.).

Im Rudersport bedarf es einer guten Koordination der idealerweise harmonisch aufeinander abgestimmten Aktivitäten aller Beteiligten - beinahe schon wie in der Politik - um erfolgreich ins Ziel zu gelangen. Der jun-

gen Mannschaft der SPD Speyer gelang dies auf der 200-Meter Strecke am Floßhafen beim Bootshaus der Rudergesellschaft recht passabel (Bild unten beim beinahe gleichzeitigen Eintauchen der Ruderer) was am Ende einen guten Platz im unteren Mittelfeld (19 von 21) bedeutete. Dass man sich in diesem Jahr



von der erfahreneren Mannschaft der CDU äußerst knapp geschlagen wurde, tat dem Spaß an der Sache keinen

Abbruch. Letztere muss sich bei der nächsten Regatta übrigens warm anziehen, wenn es mit der Leistungskurve der GenossInnen weiterhin so steil bergauf geht.



DIE SPD „MITTENDRIN“



Böhl-Iggelheim: die SPD-Frauen beteiligten sich wie jedes Jahr an Lätäre mit einem Kuchenverkauf.



Publikumsmagnet in der Ludwigshafener Innenstadt ist das „Rote Frühstück“ der SPD Südliche Innenstadt.

Fünfmal im Jahr immer Samstags mit einem Themenschwerpunkt.



Mutterstadt: Am Freitag, dem 06.05., lud der SPD Ortsverein zu Gesprächen bei Kaffee auf dem Wochenmarkt vor der Neuen Pforte ein. Bei dieser Gelegenheit überreichten Mitglieder des Ortsvereines, allen voran unsere Landtagsabgeordnete Hannelore Klamm, allen Müttern eine Rose als Gruß zum Muttertag. Bild: Ilona Rhein, Hannelore Klamm und Barbara Rödel.



Maudach: Am 5. Mai besuchte der Ortsverein Maudach gemeinsam mit interessierten Bürgern das neue Werk der Firma Vögele in Rheingönheim. Zu sehen waren neben den Produktionshallen und der größten Straßenfertigungsmaschine der Welt auch die moderne Ausbildungswerkstatt, wo bis zu hundert Lehrlinge der Firma ausgebildet werden.

WALDFESTSAISON IN MUTTERSTADT ERÖFFNET



Traditionell startete mit Musik und guter Laune am Samstag, dem 30. April die Waldfestsaision mit dem SPD-Ortsverein Mutterstadt, der sich wie in den vergangenen Jahren wieder über einen großen Zuspruch der Bevölkerung - nicht nur aus Mutterstadt - freuen konnte.

Am Sonntag, dem 1. Mai besuchte Ministerpräsident Kurt Beck das Waldfest und feierte mit den BesucherInnen.

Im Bild: MdB Doris Barnett, Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, OV-Vorsitzende Ilona Rhein und Mutterstadter Genossinnen und Genossen.

„VERSCHDEGGELDES RELOADED“ GEHT INS JAHR 2



Zur ersten Radtour 2011 unter dem Motto „Verschdeggeldes“ hatten die SPD Vorderpfalz und Landtagsabgeordnete Hannelore Klamm am Freitag, 17. Juni nach Fußgönheim eingeladen. Die Tour startete mit einem Besuch in den beiden Museen der Gemeinde unter der Führung von Karl Freidel vom Heimat- und Kulturkreis. In einer ausführlichen und interessanten Führung konnte die Gruppe das Schloss mit Kirche, dem ehemaligen Weinkeller und dem Schlossgarten entdecken, der durch eine unver-

schlossene Tür jederzeit zugänglich ist. Auch das Heimatmuseum mit seiner Sammlung von Spielzeug und Gebrauchsgegenständen sowie Nacht- und Bettwäsche aus zwei Jahrhunderten fand großes Interesse. Das benachbarte Kartoffelmuseum stellt die Geschichte der Kartoffel in der Pfalz dar; ebenso interessant ist die Geschichte des Gebäudes, der ehemaligen Synagoge, die Bernhard Kukatzki vorstellte.

Weiter ging die Fahrt in Richtung Birkenheide, zuerst wurde aber ein Halt bei der Rohrlache eingelegt. Orts- und Verbandsgemeindebürgermeisterin Marie-Luise Klein erläuterte die Bedeutung des kleinen Teiches als Treffpunkt und grüne Oase für die

Fußgönheimer Bürger, die sich dort erholen, Enten beobachten und den Ausblick auf die Haardt genießen.

Letzter Punkt der Radtour war das Naturschutzgebiet Silbergrasflur in Birkenheide. Horst Grundmann informierte die Radlerinnen und Radler über das seltene Silbergras und den dort lebenden Ameisenlöwen, 2010 „Insekt des Jahres“. Auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes in Birkenheide hat sich das Naturschutzgebiet entwickelt und konnte bisher auch vor Bebauung geschützt werden, sagte Antonie Schwab-Himmel, die Ortsvereinsvorsitzende von Birkenheide. Gemütlicher Abschluss der Tour war dann im Restaurant „Kamin“.

„Wir waren wieder eine gute Truppe und konnten ein interessantes und abwechslungsreiches Programm bieten“, freute sich Hannelore Klamm über den Zuspruch für die Fahrradtour. Ende August ist die nächste Tour geplant, auch dann freuen sich die SPD Vorderpfalz und Hannelore Klamm wieder über viele Mitradler.

BEISPIELE GELUNGENER MITGLIEDER- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Mundenheim



SPD Mundenheim - Postfach 15 01 64 - 67026 Ludwigshafen

Mitglieder Rundschreiben 1 / 2011 vom 14. Juni 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesen Rundschreiben möchte ich Euch auf ein paar neue Ereignisse in der Partei informieren.

Landtagswahlen 2011

Unsere Anke Simon hat den Sprung in den Landtag geschafft. Es ist schön, dass sie ihr Wahlkreisbüro in Mundenheim angemietet hat.

Anke Simon ist mit ihrem Wahlkreis-Büro nun in der Oberstr. 15 a, 67065 Ludwigshafen-Mundenheim. Tel. 0621 - 57 251 330, Fax: 0621 - 57 251 320 und per Email erreichbar "wk-buero@anke-simon-spd.de".

Anke Simon ist in folgenden Ausschüssen:

- Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung
- Ausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend
- Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz (Rechtsausschuss)

Als Stellvertreterin für ihre Kolleginnen und Kollegen ist sie im

- Ausschuss für Europafragen und eine Welt
- Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (Sozialpolitischer Ausschuss)

Ganz wichtig für uns alle:

Anke Simon wird weiterhin mit ganzer Kraft ihre Aufgaben als Ortsvorsteherin von Mundenheim erfüllen, wobei so ihre Aufgaben in den stadträtlichen Gremien. Wir alle in Mundenheim werden sie dabei nach Kräften unterstützen und ihr zur Seite stehen.

Büro der Ortsvorsteherin Anke Simon

Das Büro der Ortsvorsteherin ist auch weiterhin besetzt. Anke Simon macht auch weiterhin in diesem Büro ihre Sprechstunden als Ortsvorsteherin.

Neuwahlen im Ortsverein Mundenheim

Am 10. Juni 2011 standen auf der Tagesordnung der Jahreshauptversammlung in Mundenheim die Neuwahlen des Vorstandes. In großer Einigkeit wurden die Wahlen mit nachstehendem Ergebnis durchgeführt:

Büroschrift: Erbgasse 12 67065 Ludwigshafen	Postanschrift: Postfach 15 01 64 67026 Ludwigshafen	Telefon: 0621 - 57 278 88 Mobil: 0177 214 58 68 Telefax 0621 - 572 406 10	Internet: www.spd-hu.de www.spd-mundenheim.de Email: Mundenheim@spd-hu.de	Bankverbindung: Sparkasse Vorderpfalz Konto Nr. 500 348 BLZ: 545 500 10
---	---	--	---	--



Der Blog der SPD-Ludwigshafen informiert über Tagespolitik und ist auch über Facebook verlinkt.

Regelmäßige Mitgliederbriefe (links aus Mundenheim) transportieren für Informationen und sorgen für eine langfristige Bindung.

Und bei euch?

Gibt es da auch eine Zeitschrift, ein regelmäßiges Infoblatt oder eine andere Form der Bürger-information? Oder verbreitet Ihr eure Infos und Meinungen, ganz zeitgemäß, z.B. über Websites, Newsletter oder soziale Netzwerke?

Aktuelle Beispiele mehr oder weniger regelmäßig erscheinender Zeitschriften unserer Ortsvereine im Unterbezirk:

Maudach (05.2011) Bobenheim-Roxheim (03.2011) Ruchheim (06.2011)



Sagt uns, wie Ihr es macht und nehmt die Anregungen der Anderen auf, mehr Bürgerinformation und damit auch Bürgerbeteiligung zu erreichen. Wir helfen euch ganz gerne mit Workshops, Seminaren und wenn nötig mit Ressourcen und Tipps und bei der Produktion eurer Drucksachen oder Websites.

BÖHL-IGGELHEIM

Zum Gedenken an das Kriegsende am 8. Mai 1945

Das „Bündnis für Vielfalt und gegen Extremismus“ lud die Bürger zum Gedenken an das Kriegsende vor 66 Jahren zum Bahnhofsvorplatz ein.

Nach kurzem Grußwort durch Landrat Körner und Rede des Jugendbürgermeisters Markus Philip reflektierte Dr. Becker (Stadtarchiv LU) für die Naturfreunde den Nationalsozialismus im Rhein-Pfalz Kreis:

Sehr geehrter Herr Landrat Clemens Körner, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.... Wer zum 8. Mai 1945 spricht, kann zum 30. Januar 1933 nicht schweigen.

Nach der Machtübergabe an Adolf Hitler durch den zuvor durch die Stimmen der Demokraten gewählten Reichspräsidenten Paul von Hindenburg änderte sich in Deutschland alles:

Bereits am 2. Februar 1933 wurde durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ die Versammlungs- und die Pressefreiheit in ganz Deutschland weitgehend eingeschränkt

Sämtliche Mitglieder der kommunistischen Bezirksleitung in Baden-Pfalz wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht – immerhin bis zu 15 % der Wählerinnen und Wähler in Böhl und Iggelheim hatten sich in freien Wahlen zu dieser Partei bekannt.

Die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 hob dann alle Grundrechte auf.

Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten.

Trotzdem erbrachte die schon unter deutlichem Zwang stehende RTW

vom 5. März 1933 den NS nicht die absolute Mehrheit – in Böhl wurde sie knapp erreicht – in Iggelheim jedoch verfehlt. Dieses Ergebnis weist das heutige Böhl-Iggelheim weder als ehemalige NSDAP-Hochburg aus - noch als Ort der Verweigerung. Für beides gibt es jedoch Beispiele im Rhein-Pfalz-Kreis, wie sie mein leider zu früh verstorbene Studiumkollege Michael Schepura in seiner Dissertation über die Herrschaftspraxis und das Alltagsleben unter dem NS in den Gemeinden des heutigen Rhein-Pfalz-Kreises nachgewiesen hat.

Nach dem Nichterreichen der absoluten Mehrheit am 5. März 1933 wurde durch die NS die Gangart deutlich verschärft:

Am 10. März 1933 wurde die sozialdemokratische Presse in der Pfalz verboten. Die letzte Ausgabe der „Pfälzischen Post“, die schon unter Vorzensur gestanden hatte und mit zahlreichen fehlenden Artikeln erschienen war, berichtete geradezu symbolisch von der Zerstörung des Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zweibrücken – eines erst kurz zuvor errichteten Denkmals für die Vorkämpfer der deutschen Demokratie nach 1919.

Nicht mehr berichten konnte das SPD-Organ über die Erschießung des Sozialdemokraten Georg Hüter am gleichen Morgen in Oppau, der gegen das Anbringen der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus protestiert hatte. Sein Mörder wurde erst nach 1945 juristisch belangt.

Auch das gleichzeitige Verbot der demokratischen Wehrorganisationen der SPD, also des Reichsbanners Schwarz Rot Gold und der Eisernen Front so-

wie der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), war nun nur noch der NS-Presse zu entnehmen.

In der Folge wurde noch am gleichen Tag - neben zahlreichen weiteren pfälzischen Reichsbannerführern - dessen Gauvorsitzender, der spätere Bundesverfassungsgerichts-Vizepräsident Friedrich Wilhelm Wagner verhaftet.

Glückliche Umstände ermöglichten ihm am 11. März 1933 die Flucht aus der Pfalz. Andere wie der pfälzische Bezirksvorsitzende der SPD Hammer, der SPD-Bezirkssekretär Bögler oder die sozialdemokratischen Bürgermeister von Ludwigshafen oder Oppau kamen jedoch in „Schutzhaft“ – die euphemistische Umschreibung der NS für die Unterbringung in Gefängnissen und den frühen KZ's.

Gerechtfertigt wurde diese Willkürakte durch das nachträglich beschlossene Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, das die Gesetzgebung vom Parlament auf Hitlers Regierung übertrug. Nach der Zerschlagung der Strukturen der Arbeiterparteien wandten sich die NS den jüdischen Mitbürgern zu, die in Iggelheim 14 Personen umfassten:

„Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“ – so lauteten die schändlichen Parolen dann schon am 1. April 1933 als morgens um 10 Uhr der erste reichsweite Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte begann.

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden entsprechend dem NS-Jargon „nichtarische“ Beamte in den Ruhestand versetzt.

Im Mai wurde der sogenannte „Ariernachweis“ auch von Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes gefordert.

Am 2. Mai 1933 waren die Gewerkschaften an der Reihe:

Auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes waren bereits ab dem 4. April die Arbeitgeber ermächtigt worden, Betriebsangehörige bei „Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu entlassen – gemeint waren damit natürlich die bisherigen Betriebsratsmitglieder.

Der Dank des Regimes an die Arbeitnehmer sich „allerorts an den von der Regierung veranlassten Feiern zum 1. Mai zu beteiligen“ erfolgte am nächsten Morgen: Wiederum um zehn Uhr besetzten SA- und SS-Kommandos auch in Ludwigshafen das Gewerkschaftshaus und verhafteten sechs Bezirkssekretäre des ADGB. In Duisburg wurden an diesem Tag vier Gewerkschaftssekretäre bestialisch ermordet. Das Gewerkschaftsvermögen wurde konfisziert; die Gewerkschaftspresse wurde nun im Sinne der Herrschenden redigiert.

Mit dem Verbot der Freien Gewerkschaften erfolgte auch die Auflösung sämtlicher Arbeitervereine – im damaligen Stadtgebiet von Ludwigshafen waren davon z.B. 4.493 Ende 1932 im Kartell der Arbeitervereine organisierte Arbeitersportler betroffen – reichsweit rund 1,2 Millionen.

Neben der Beschlagnahmung von Vermögen, der Wegnahme der Sportgeräte und Sporthallen, der Naturfreundehäuser usw. mussten viele Arbeitersportmitglieder auch Drangsalierungen erleiden: Der Vorsitzende des ATSB, Cornelius Gellert, wurde mehrfach inhaftiert – 1939/40 auch im KZ Sachsenhausen.

Die meisten Arbeitersportler beabsichtigten einem ähnlichen Schicksal dadurch zu entgehen, indem sie sich benachbarten bürgerlichen Vereinen anschlossen. In der Regel wurden sie dort aber als angebliche „Märzgefällene“ abgelehnt – auch der Namenswechsel eines Arbeitersportvereins

verhinderte nur selten die Auflösung. Betroffen hiervon waren allein im damaligen Stadtgebiet von Ludwigshafen bis 1935 mindestens 75 sogenannte „marxistische“ Vereine, darunter 44 Arbeitersportvereine.

22. Juni 1933 SPD-Verbot - in Böhl und Iggelheim schon nicht mehr vertreten. Nur wenig später löste sich das katholische Zentrum am 5. Juli 1933 als letzte der bürgerlichen Parteien selbst auf und damit auch in Böhl und Iggelheim die letzte Oppositionspartei.

Wer danach noch Widerstand leistete, wurde drangsaliert, schlimmstenfalls ermordet, wie der kommunistische Ludwigshafener MdR Eugen Herbst oder der Rheingönheimer Pfarrer Caroli. Für all diese Menschen konnte der 8. Mai 1945 nur ein Tag der Befreiung sein.

Schon zuvor beim Einmarsch der Amerikaner in den Landkreis Ludwigshafen war allerdings deutlich geworden, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Hitler und den Nationalsozialisten nicht in den Untergang folgen wollte, gegen die selbstzerstörerischen Endkampfbefehle kam es auch in Böhl und Iggelheim zu kollektivem Ungehorsam, wobei sich insbesondere Frauen hervortaten.

Während Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ihren amerikanischen Befreiern entgegen eilten, schwankte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung noch zwischen der Erleichterung über das Kriegsende und der bangen Erwartung der Besatzungsherrschaft.

Unter diesen Voraussetzungen war es nun wieder an den Repräsentanten der Arbeiterbewegung mit dem demokratischen Neubeginn zu beginnen.

So rief z.B. unmittelbar nach der Befreiung der spätere Landesvorsitzende der IG Metall Fritz Baumgärtner in Lud-

wigshafen am politischen Wiederaufbau interessierte Bürger zur Mitarbeit in einem Antifa-Komitee auf.

Entsprechende Komitees bildeten sich in den kommenden Wochen auch an anderen Orten der Pfalz, so z.B. als „Anti-Nazi-Gruppe“ in Grünstadt oder als „Anti-nationalsozialistische Gruppe“ in Frankenthal.

Dort wurde z.B. auch der 1. Mai 1945 bereits öffentlich von der Arbeiterbewegung wieder begangen. Trotz alliierter Versammlungs- und Kundgebungsverbots sprach der ehemalige kommunistische Stadtrat Ludwig Westermann vor 600 Menschen über den tatsächlichen Sinn der Maifeier und dessen Missbrauch durch die NS.

Moralisch integer genug war die Arbeiterbewegung auch, sich bei den vorgesetzten amerikanischen Offizieren über Übergriffe auf die Zivilbevölkerung zu beschweren und sich auch frühzeitig um die Entlassung deutscher Kriegsgefangener – auch aus dem bis Ende Juni 1945 bestehenden Kriegsgefangenenlager Böhl-Iggelheim - zu bemühen.

Mit dem Wechsel der Besatzungsmacht am 10. Juli 1945 ging der Einfluss der Arbeiterbewegung beim gesellschaftlichen Wiederaufbau allerdings deutlich zurück.

Trotzdem wurden zentrale Forderungen der Arbeiterbewegung in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht, wie die parlamentarisch-pluralistische Demokratie mit freien Wahlen, das Mehrheitsprinzip, der Schutz der Menschenrechte, die Meinungsfreiheit und die Freiheit vor Furcht leben zu können.

Aus dieser Sichtweise war und kann der 8. Mai deshalb nur ein Tag der Befreiung sein.

Dr. Klaus-Jürgen Becker

**Stadtverband
Frankenthal**

Frankenthal
Frankenthal-Süd
Studernheim
Eppstein
Flomersheim
Mörsch

**Stadtverband
Ludwigshafen**

Edigheim
Friesenheim
Gartenstadt
Maudach
Mundenheim
Niederfeld
Nord-West
Oggersheim
Oppau
Pfungstweide
Rheingönheim
Ruchheim
Südliche Innenstadt

**Kreisverband
Rhein-Pfalz-Kreis**

Altrip
Beindersheim
Birkenheide
Bobenheim-Roxheim
Böhl-Iggelheim
Dannstadt-Schauernheim
Fußgönheim
Großniedesheim
Heßheim
Heuchelheim
Hochdorf-Assenheim
Kleinniedesheim
Lamsheim
Limburgerhof
Maxdorf
Mutterstadt
Neuhofen
Rödersheim-Gronau

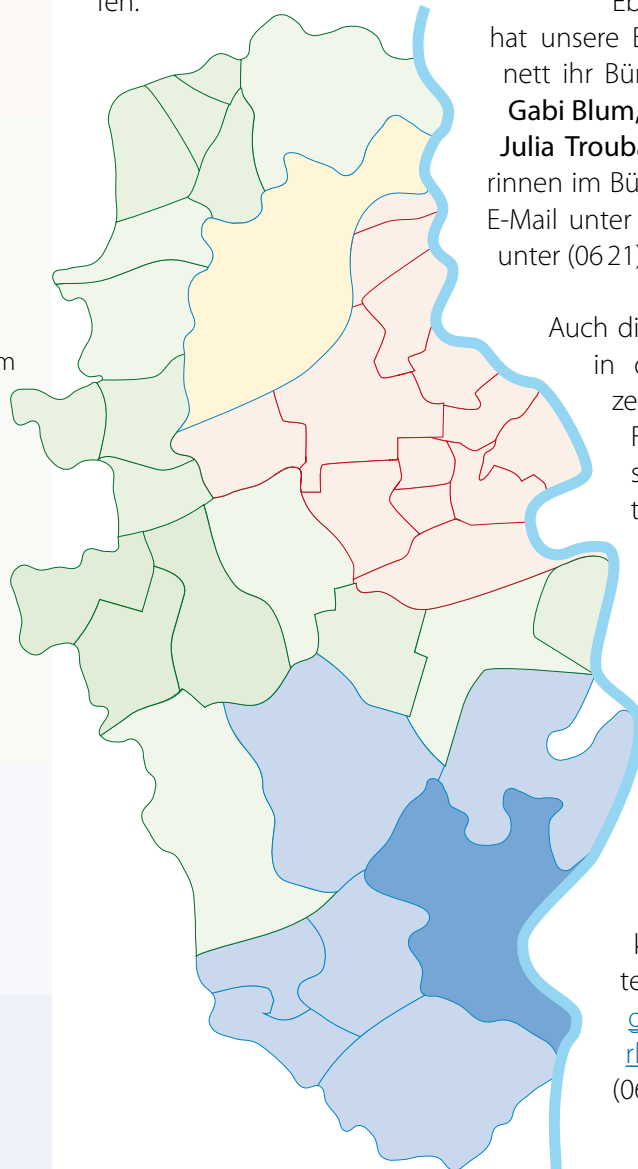
Schifferstadt
Otterstadt
Waldsee
Hanhofen
Dudenhofen
Harthausen
Römerberg

Stadtverband Speyer

Nord
Mitte
Süd
West und Erlich

Zahlen, Daten, Fakten und ...

Die SPD im Unterbezirk Vorderpfalz, das sind nicht nur knapp 4.000 Genossinnen und Genossen, das sind 37 Ortsvereine und zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, eine Bundestags-, fünf Landtags- und eine Europaabgeordnete, unzählige Mitglieder in Gemeinde- und Verbandsgemeinderäten, sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und drei pfälzische Bezirkstagsabgeordnete. Zu uns Kontakt aufzunehmen ist ganz leicht. Ihr findet uns im Kurt-Schumacher-Haus in der Regionalgeschäftsstelle in der Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen.



Ansprechpartner in der Geschäftsstelle ist Regionalgeschäftsführer **Bernhard Kukatzki**. Er ist unter (06 21) 51 30 67 oder unter (01 60) 97 88 21 70 erreichbar, außerdem unter bernhard.kukatzki@spd.de. Ein Fax an die Geschäftsstelle könnt ihr an die (06 21) 62 78 17 schicken. Weitere Ansprechpartner in der Geschäftsstelle sind **Inge Volz**, Tel.: (06 21) 51 30 68, E-Mail: inge.volz@spd.de sowie **Norbert Nitsche**, Tel.: (06 21) 68 56 99 04, E-Mail: norbert.nitsche@spd.de

Ebenfalls im Kurt-Schumacher-Haus hat unsere Bundestagsabgeordnete Doris Barnett ihr Büro. Hier arbeiten **Alis Hoppenrath**, **Gabi Blum**, **Heidi Hänsel**, **Lorena Schmitt** und **Julia Troubal**. Telefonisch sind die Mitarbeiterinnen im Bürgerbüro unter (06 21) 51 80 16, per E-Mail unter info@doris-barnett.de und per Fax unter (06 21) 51 33 40 für euch da.

Auch die SPD-Stadtratsfraktion hat ihr Büro in der Maxstraße 65. Fraktionsvorsitzende Heike Scharfenberger und Fraktionsmitarbeiterin **Tanja Ünal**, sowie **Sascha Adam** für die Website erreicht ihr unter Telefon (06 21) - 62 36 36, Fax: (06 21) 62 36 35 und der E-Mail stadtrat@spd-fraktion-ludwigshafen.de

Der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Unterbezirks Vorderpfalz, Günther Ramsauer, hat sein Büro in Ludwigshafen-Maudach, Maudacher Straße 418c, 67065 Ludwigshafen. Mit seiner Mitarbeiterin **Jutta Hahn** könnt Ihr unter (06 21) 5 54 00 37 telefonisch, per E-Mail unter guenther.ramsauer@spd.landtag.rlp.de und schließlich per Fax unter (06 21) 5 54 00 36 Kontakt aufnehmen.

... Mitarbeiter/innen in den UB Vorderpfalz und Speyer

Anke Simon, Landtagsabgeordnete aus Mundenheim, hat ihr Büro in der Obergasse 15, 67059 Ludwigshafen. Erreichbar ist ihre Mitarbeiterin **Uschi Herzberger-Ünal** unter Tel.: (0621) 57 25 13 30, E-Mail wk-buero@anke-simon-spd.de, Fax (0621) 57 25 13 20.

Hannelore Klamm, Vizepräsidentin des rheinland-pfälzischen Landtags, unterhält ihr Wahlkreisbüro in Mutterstadt, Ginsterstraße 5. Ihre Telefonnummer ist (06234) 2089, die Faxnummer (06234) 928921. Eine E-Mail schickt Ihr Hannelore oder ihrer Mitarbeiterin **Julia Troubal** an die Mail-Adresse huj.klamm@t-online.de

MdL Martin Haller aus Frankenthal hat sein Büro in der Schmiedgasse 7, 67227 Frankenthal. Unter der Telefonnummer (06233) 298926 oder der Faxnummer (06233) 298926 erreicht ihr seine Mitarbeiterin **Magali Leidig-Petermann**. Martins E-Mail-Adresse lautet martin.haller@haller-spd.de

Europaabgeordnete Jutta Steinruck hat ihr Europabüro im Wahlkreis in der Frankenthaler Straße 17, 67059 Ludwigshafen. Mit ihr und ihrem Mitarbeiter Marcus Butz kann man telefonisch unter (0621) 54 54 204, per Fax unter (0621) 54 54 304 und per E-Mail unter jutta.steinruck@europarl.europa.eu Kontakt aufnehmen.

Für den südlichen Rhein-Pfalz-Kreis und die Stadt Speyer, die zum Un-

terbezirk Speyer gehören, „zuständig“ ist die Landtagsabgeordnete Friederike Ebli. Ihr Büro in der Gutenbergstraße 11 in Speyer wird von **Silvia Nebel** organisiert. Erreichbar ist Silvia unter (06232) 62 98 36, Fax: 62 98 39. Die E-Mail-Adresse lautet: buero@friederike-ebli.de

Ebenfalls im Team und hier für Günther Ramsauer arbeitet **Michael Müller** mit. Zusätzlich ist er Ansprechpartner für die UB-Website und den Vorderpfälzer, die er ehrenamtlich betreut. Telefon (06236) 41 51 08 und (01 52) 29 58 04 04, E-Mail: webmaster@ub-vorderpfalz.de



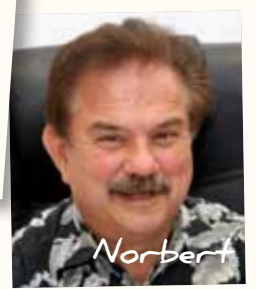
Bernhard



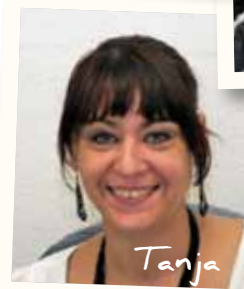
Inge



Julia



Norbert



Tanja



Magali



Gabi



Jutta



Alis



Lorena



Sascha



Silvia



Uschi



Heidi



Michael

20 Termine



Sommerzeltlager 2011 der Falken

Diesmal geht es vom **23. Juli bis zum 06. August** auf die

wunderschöne Nordseeinsel Föhr. Gerne möchten wir Euch/Sie dazu einladen, als Teilnehmerin bzw. Teilnehmer (von 6 bis 15 Jahre/ Preis: 348,-) oder als Helferin bzw. Helfer mitzukommen. Unser Zeltlagerplatz liegt hinter den Dünen direkt am Wattenmeer. Ein idealer Platz also um mit Gleichaltrigen zwei erlebnisreiche Wochen zu verbringen. Bei Interesse oder weiterem Bedarf an Informationen stehen wir gerne zur Verfügung unter:
SJD - Die Falken Rheinland-Pfalz, Bernhardt-Winter-Straße 27, 55120 Mainz



Fahrt nach Usedom

Der Unterbezirk fährt auch dieses Jahr, vom **30.10. bis 6.11.2011**, wieder nach Usedom ins „casa familia“ in Zinnowitz. Einige Doppelzimmer sind noch frei. Anmeldung bei Bernhard Kukatzki, Telefon (06 21) 51 30 67 oder eMail: bernhard.kukatzki@spd.de

Jutta Steinruck lädt nach Brüssel ein

Wir organisieren in der Zeit vom **4. bis 6. September** eine Fahrt nach Brüssel mit zwei Übernachtungen in einem Hotel mit Doppelzimmer und Frühstück in der Brüsseler Innenstadt.

Infos in Juttas Wahlkreisbüro
Frankenthaler Straße 172, 67059 Ludwigshafen
Phone: +49 (0) 621 54 54 204

AsF Böhl-Iggelheim unterwegs

Diesmal geht es nach Bad Malente vom **03. bis 10.09.2011** mit Besuch der Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg. Im Reisepreis von 590 € sind enthalten: Fahrt mit modernem Reisebus zur Ostsee, 7 Übernachtungen mit Frühstück und jeweils Abendmenu. Ausflüge nach Grömitz, Fehmarn und Heiligenhafen, Hamburg mit Stadtführung und Barkassenfahrt, Schifffahrt von Travemünde nach Lübeck, Besuch von Kiel und vieles mehr. Anmeldungen und weitere Informationen unter: 06324-76806 oder 0176-94469428.



14. August 2011

Pfalztreffen in Zweibrücken mit Kurt Beck

29. Oktober 2011

Regionalparteitag mit Feier „140 Jahre SPD Pfalz“ in Lu-Oggersheim



Insel 2011 Sommer

8.-17. Juli
Kultursommerfestival
auf der Parkinsel Ludwigshafen



Konzerte beim Inselsummer

Impressum

Redaktion: Bernhard Kukatzki,
Julia Troubal, Michael Müller
Terminmeldungen und Beiträge
bitte an die Redaktion
SPD-Unterbezirk Vorderpfalz
c/o Bernhard Kukatzki
Maxstraße 65
67059 Ludwigshafen am Rhein
oder per E-Mail an
bernhard.kukatzki@spd.de
bzw. Michael Müller
webmaster@ub-vorderpfalz.de